



Landesverband der
Baden-Württembergischen
Industrie e. V.

STANDPUNKTE

01

2018



INHALT

- **WIRTSCHAFTSLAGE DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE:
GELUNGENER START INS NEUE JAHR**

- **LVI: ABSCHOTTUNG UND PROTEKTIONISMUS SIND DER FALSCHER WEG**

Stuttgart, im April 2018

WIRTSCHAFTSLAGE DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE: GELUNGENER START INS NEUE JAHR

Nach einem erfreulichen Jahresabschluss 2017 ist die Industrie in Deutschland und Baden-Württemberg mit Rückenwind in das neue Jahr gestartet. Somit befindet sich die deutsche Wirtschaft gemäß den aktuellen Vorzeichen in ihrem sechsten Aufschwungjahr. Bereits seit dem ersten Quartal 2013 legte das deutsche Bruttoinlandsprodukt nahezu ununterbrochen zu. Dabei ist zu beachten, dass die Konjunktur durch die niedrigen Zinsen und Öl- bzw. sonstige Rohstoffpreise sowie den schwachen Euro wie auch die flüchtlingsbedingten Sonderausgaben angetrieben wurde und wird. Dementsprechend ist die Stimmung in der baden-württembergischen Industrie weiterhin gut, wenn auch die allgemeinen Rahmenbedingungen (Brexit, Unsicherheitsfaktor USA, protektionistische Tendenzen) für eine leichte Abkühlung der Stimmungsindikatoren sorgen. Weiterhin verzeichnen Nachfrage und Umsatz gute Wachstumsraten. Ob und in welchem Maße sich der Kurs im Laufe des Jahres ändert, ist angesichts vielfältiger Unwägbarkeiten gegenwärtig nur schwer abzuschätzen. Die Industrie hofft, den klassischen Konjunkturzyklen weiterhin ein Schnippchen schlagen und den Aufschwung weiter fortsetzen zu können; gleichzeitig wappnet sie sich für die über kurz oder lang zu erwartende Abkühlung.

Konjunkturhoch hält an

Die heimische Wirtschaft hat sich über das Jahr 2017 gut entwickelt. Nach aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes ergaben sich für Baden-Württemberg ein sehr gutes erstes Quartal (3,9 Prozent), ein gedrosseltes zweites Quartal (1,6 Prozent) und ein konstantes drittes und viertes Quartal (2,3 Prozent). Für das gesamte Jahr wird ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,3 Prozent gemeldet.

Binnennachfrage sorgt für Wachstum

Die Nachfrage nach baden-württembergischen Industrieprodukten entwickelt sich gut. Nach Feststellung des Statistischen Landesamtes erhielt die Südwestindustrie im Februar 2018 im Vergleich zum Vorjahresmonat mehr Aufträge (2,3 Prozent). Die größeren Impulse lieferte das Inland (4,2 Prozent), das Auslandsge-

schäft nahm um 1,3 Prozent zu. Eurozone und sonstiges Ausland entwickelten sich gleich (1,3 Prozent).

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2018 verbuchte die Südwestindustrie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Auftragsplus von 4,8 Prozent. Wachstumstreiber war hier in erster Linie das Inlandsgeschäft (6,7 Prozent). Das Auslandsgeschäft generierte ein Auftragsplus von 3,7 Prozent. Dabei wuchs die Nachfrage der Nicht-EU Länder mit 4,7 Prozent stärker als die Nachfrage innerhalb der EU mit 1,6 Prozent.

Umsatzentwicklung beständig

Im Vergleich zu Februar 2017 verbuchte die Südwestindustrie ein Umsatzplus von 5,4 Prozent. Eine positive Umsatzentwicklung gab es besonders im Auslandsgeschäft (7,2 Prozent), innerhalb Europas mit 8,5 Prozent und im nicht-europäischen Ausland mit 6,7 Prozent. Das Inland blieb mit 3 Prozent dahinter.

Im Zeitraum Januar bis Februar 2018 legte der Umsatz im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,9 Prozent zu, was auf ein starkes Ausland (6,9 Prozent) und ein schwächeres Inland (4,9 Prozent) zurückzuführen ist. Die Eurozone entwickelte sich kräftiger (8,1 Prozent) als das übrige Ausland (6,4 Prozent).

Stabile Inflation und Beschäftigung weiter steigend

Die Inflationsrate in Baden-Württemberg lag im März 2018 verglichen mit dem Vorjahresmonat bei 1,7 Prozent. Gegenüber dem Vormonat stiegen die Verbraucherpreise um 0,4 Prozent.

Auch im März 2018 ist die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg weiter rückläufig. Die Arbeitslosenquote betrug 3,3 Prozent nach 3,7 Prozent im Vorjahreszeitraum. Ende März 2018 wurden 200.713 Arbeitslose identifiziert, was einen Rückgang von 3,4 Prozent zum Vormonat bedeutet.

Korrektur in der Stimmung

Das Geschäftsklima in Baden-Württemberg ist weiterhin positiv, wird jedoch durch die protektionistischen Tendenzen getrübt. Trotz der nicht greifenden Strafzölle der Vereinigten Staaten auf europäische Stahl- und Aluminium-Güter sinkt der Geschäftsklimaindex moderat.

Bundeskonjunktur bleibt beständig

Die deutsche Wirtschaft bleibt weiterhin auf einem guten Kurs. Bundesweit wurde für das Wirtschaftsjahr 2017 eine Zunahme des preisbereinigten BIP von 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr ermittelt. Das Wirtschaftswachstum betrug im ersten Quartal 0,9 Prozent, im zweiten Quartal 0,6 Prozent, im dritten Quartal 0,7 Prozent und im vierten Quartal 0,6 Prozent.

Auftragseingang entwickelt sich positiv

Die Auftragseingänge in der Industrie lagen im Februar um 4,7 Prozent über dem Vorjahresmonat. Die wesentlichen Impulse kamen dabei aus dem Ausland (11,3 Prozent). Diese verteilten sich auf die Nachfrage in der Eurozone (16,2 Prozent) und das übrige Ausland (8,2 Prozent) auf. Die Binnennachfrage gestaltete sich im Vergleich zum Vorjahresmonat schwächer (-3,5 Prozent).

Im Zeitraum Januar bis Februar 2018 stieg der Auftragseingang insgesamt um 7,3 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr. Die starken Impulse kamen abermals aus dem Ausland (11,1 Prozent), aufgeteilt in 13,3 Prozent aus der Eurozone und 9,6 Prozent aus dem übrigen Ausland. Die Binnennachfrage blieb mit 2,2 Prozent hinter diesen Werten zurück.

Umsatzentwicklung stabil

Der Umsatz in der Industrie lag im Februar 2018 um 3,9 Prozent über dem Vorjahresmonat. In- und Ausland entwickelten sich parallel mit je 3,8 Prozent Zuwachs. Die Eurozone lieferte deutlich mehr (6,7 Prozent) als das übrige Ausland (1,7 Prozent).

Im Zeitraum Januar bis Februar 2018 stieg der Umsatz insgesamt um 5,9 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr. Auch hier entwickelten sich In- und Ausland parallel mit knapp 6 Prozent. Die Eurozone lieferte etwas mehr (7,7 Prozent) als das übrige Ausland (4,7 Prozent)

Inflation steigt, Arbeitsmarkt weiterhin positiv

Die Inflationsrate in Deutschland lag im März 2018 um 1,6 Prozent höher als im März 2017. In den drei vorherigen Monaten hatte sie sich fortschreitend abgeschwächt. Im Vergleich zum Februar 2018 stieg der Verbraucherpreisindex im März 2018 um 0,4 Prozent.

Bundesweit sank die Arbeitslosigkeit im März 2018 verglichen mit dem Vormonat um 3,4 Prozent und im Vorjahresvergleich um 7,7 Prozent auf 2,5 Mio. Personen. Die Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit sank im Vergleich zum Vormonat um 2,1 Prozent und bezogen auf den Vorjahresmonat um 6,3 Prozent. Sie liegt bei 3,4 Mio. Die Arbeitslosenquote betrug 5,5 Prozent, die Unterbeschäftigungsquote 7,6 Prozent.

Stimmung zurückhaltend

Der ifo Geschäftsklimaindex ist im März im Vergleich zum Februar um einen knappen Indexpunkt gesunken und verdeutlicht die im Vergleich zu den letzten Monaten etwas eingetrübte Stimmung, ausgelöst durch zum Teil drohende, zum Teil bereits umgesetzte protektionistische Maßnahmen. Auch der Ende April erstmals in etwas anderer Form und auf anderer Basis erhobene neue Index schreibt diese weniger schwungvolle Tendenz fort.

Positive Brancheneinschätzungen

Wie der **Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)** berichtet, schloss der baden-württembergische Maschinen- und Anlagenbau das Gesamtjahr 2017 mit einem Zuwachs von 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. Die Entwicklung bei den Auftragseingängen wurde maßgeblich vom Ausland getragen. Die Orderzuwächse aus den Nicht-Euro- und aus den Euro-Ländern beliefen sich auf 16 Prozent. In der Gesamtjahresbetrachtung fiel das Wachstum aus dem Inland mit 6 Prozent dagegen schwächer aus. Der Jahresauftakt ist dennoch gelungen. Die VDMA Mitglieder starten mit positiven Erwartungen in das neue Jahr. Entsprechend konnte im Februar 2018 ein Bestellzuwachs von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnet werden. Besonders Bestellungen aus den Nicht-Euro-Ländern mit einem Plus von 27 Prozent sorgen für eine positive Entwicklung. Aber auch die Auftragseingänge aus dem Inland mit einem Zuwachs von 15 Prozent sind sehr positiv zu bewerten. Auftragseingänge aus dem Euro-Binnenraum waren hingegen rückläufig (-2 Prozent), was allerdings im Lichte der vergangenen Monate des überproportionalen Wachstums zu sehen ist.

Nach Angaben des **Verbands der Automobilindustrie e.V. (VDA)** stieg der deutsche Pkw-Markt im bisherigen Jahresverlauf 2018 um 4 Prozent auf mehr als 878.600 neu zugelassene PKW. Die Neuzulassungen von Diesel-Pkw gingen im März gegenüber dem Vorjahrsmonat um ein Viertel zurück, während die Benzi-ner um gut 9 Prozent zulegen. Der Dieselanteil an den gesamten Pkw-Neuzulassungen umfasste 31,4 Prozent (Vorjahresmonat: 40,6 Prozent). Im ers-

ten Quartal lag der Dieselanteil bei 32,3 Prozent (Vorjahresquartal: 42,7 Prozent), mit 284.000 Neuwagen wurden gut 21 Prozent weniger Diesel-Pkw neu zugelassen. Der Auftragseingang aus dem Inland übertraf im 1. Quartal 2018 den Vorjahreswert um 1 Prozent, im März 2018 lag er um 3 Prozent unter dem Vorjahresmonat. Die Nachfrage ausländischer Kunden überstieg im März 2018 das Vorjahresniveau um knapp 3 Prozent. Eine andere Entwicklung verzeichnete der Export: Im März 2018 wurden mit 391.600 Einheiten 11 Prozent weniger Neuwagen weltweit an Kunden ausgeliefert.

Nach Erhebungen des **Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)** konnte im 1. Quartal 2018 ein Auftragsplus von 3,0 Prozent zum Vorjahresniveau generiert werden, das in hohem Maße durch Aufträge aus dem Ausland zustande kam. Während Bestellungen aus dem Ausland um 8,7 Prozent anstiegen, gingen diese aus dem Inland um 3,5 Prozent zurück. Insgesamt konnte zum Vorjahreszeitraum ein Auftragsplus von 8,9 Prozent verzeichnet werden. In dem Zeitraum von Januar bis Februar 2018 lagen die Auftragsgänge 8,9 Prozent höher als im Jahr 2017. Die Inlandsbestellungen stiegen um 4,2 Prozent. Die Auslandsbestellungen stiegen im gleichen Zeitraum um 12,9 Prozent. Dabei konnten durch Bestellungen aus dem Euroraum ein Plus von 7,4 Prozent generiert werden. Bestellungen aus dem Nicht-EU-Ausland stiegen sogar um 16,4 Prozent. Der Inlandsumsatz stieg um 7,0 Prozent auf 7,2 Mrd. Euro, der Auslandsumsatz um 4,8 Prozent auf 7,9 Mrd. Euro. Die Umsätze mit EU-Ländern stiegen um 12,9 Prozent, wohingegen der Umsatz mit Kunden aus Drittländern nur um 0,2 Prozent auf 4,9 Mrd. Euro anstieg. Das Geschäftsklima in der deutschen Elektroindustrie schwächte sich im März 2018 ein klein wenig ab. Die Beurteilung der aktuellen Lage fiel im Vergleich zum Februar 2018 besser aus, jedoch sind die Geschäftserwartungen rückläufig.

Laut dem **Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)** konnte das Jahr 2017 mit einem unerwartet starken vierten Quartal beendet werden. Alle Sparten konnten ihre Produktion von Oktober bis Dezember zudem ausweiten. Durch die erhöhten Erzeugerpreise stieg der Umsatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast zweistellig. Die Unternehmen konnten nicht nur im Inland den Absatz steigern, sondern auch in Europa und Asien konnte eine positive Entwicklung vernommen werden. Zudem war die Wachstumsdynamik bei Produktion und Umsatz höher als in den vergangenen Jahren. Für 2018 rechnet der VCI mit einem kräftigen Produktionswachstum von 3,5 Prozent. Der Branchenumsatz soll um 4,5 Prozent auf gut 204 Mrd. Euro steigen.

Gemäß Angaben des **Bundesverbands Druck und Medien e.V. (BVDM)** hält die schwierige Ertragslage weiterhin an. Steigende Kosten und ein starker Wettbewerb machen den Unternehmen weiter zu schaffen. Jedoch konnten die Um-

sätze 2017 leicht gesteigert und Gewinne konstant zu Vorjahresniveau gehalten werden, was zu einer stabilen Geschäftslage führte. Eine Branchenumfrage ergab, dass eine weitere Verschärfung der Preissituation bei wichtigen Vorleistungsgütern 2018 befürchtet wird. Diesen erwarteten Kostensteigerungen stehen 2018 nur moderate Verkaufspreissteigerungen gegenüber. Trotz dieser Geschäftslage sind Druck- und Medienunternehmen zuversichtlich. Für 2018 erwarten die Umfrageteilnehmer steigende oder konstante Umsätze und Gewinne.

Der **Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB)** stellt fest, dass die Unternehmen des Baugewerbes mit Zuversicht in das Jahr 2018 gehen. Die Umsätze im Bauhauptgewerbe sollen nominal um 4 Prozent und damit auf 117 Mrd. Euro steigen. Im Wohnungsbau für 2018 wird davon ausgegangen, dass eine nominale Umsatzsteigerung von 3,5 Prozent möglich ist. Zudem seien die Auftragsbücher gut gefüllt. Ende September 2017 sei mit 17,2 Mrd. Euro der mit Abstand höchste Wert seit mehr als 20 Jahren verbucht worden. Darüber hinaus wird auf das zweite Quartal 2018 positiv geblickt. Die Unternehmen erwarten eine anhaltend gute Auftragslage und Geschäftsentwicklung. Die Bautätigkeit hat im März 2018 folgerichtig gegenüber dem Februar zugelegt. Eine hohe Bautätigkeit zeichnet sich ebenfalls in der Geräteauslastung ab, die im Hochbau auf über 70 Prozent (Februar 67 Prozent) anstieg und im Tiefbau bei 62 Prozent liegt. In den Vorjahren lag die Auslastung im Tiefbau deutlich niedriger. Die Auftragsbestände im Tiefbau sanken im März 2018 leicht, im Hochbau blieben sie stabil. Die Unternehmen erwarten demnach weiterhin eine anhaltend gute Geschäftsentwicklung, Auftragslage und Investitionsbereitschaft.

Der **BDG - Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie** geht davon aus, dass die Auslandsnachfrage und die Binnennachfrage zweistellig zugelegt haben, was für die erste Jahreshälfte 2018 ein ausgelastetes Produktionsniveau erwarten lässt. Im Januar 2018 konnten die Eisengießereien 2 Prozent mehr Aufträge verbuchen als im Vorjahreszeitraum. Die Hersteller von Komponenten aus duktilem Gusseisen konnten knapp 31 Prozent mehr Bestellungen gegenüber dem Vorjahresniveau verbuchen. Die Stahlgießereien haben einen Bestellzuwachs von 25 Prozent gegenüber Januar 2017. Die Eisen- und Stahlgießereien produzierten im Januar 2018 15 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Der Export im Januar 2018 stieg um 12 Prozent über den Vorjahreswert. Die Exporte an den Fahrzeugbau stiegen um 8 Prozent, an den Maschinenbau um 26 Prozent und die Ausfuhren sonstiger Gusskomponenten steigerten sich um 8 Prozent. Die NE-Metallgießereien können mit so hohen Auftragsbeständen bei den PKW OEMs wie 2009 glänzen, jedoch lässt die Jahresprognose eher stagnierende Tendenzen erwarten. Gleichwohl konnten im Januar 2018 die Aluminiumgießereien ein Auftragsplus von 13 Prozent generieren. Die Magnesiumgießereien meldeten einen Auftragsanstieg in Höhe 12 Prozent. Kupferlegierungs-Gießereien ver-

buchten jedoch ein deutliches Auftragsminus. Die Auftragslage bei den Zinkgießereien stieg um 3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Ausführquote der NE-Metallgießereien stieg im Januar 2018 um 14 Prozent. Die Exporte liegen demnach bei 13 Prozent über dem Volumen des Vorjahres.

Ausblick:

Die deutsche Wirtschaft war zum Jahresende 2017 weiter auf Wachstumskurs. Auch 2018 wird sich diese Entwicklung nach heutigem Stand voraussichtlich fortsetzen. Der anhaltende Beschäftigungsausbau und Lohnzuwächse oberhalb der Inflationsrate dürften dazu beitragen, die private Kaufkraft und den Konsum zu stärken. Daher sind nun Impulse aus der Binnenwirtschaft zu erwarten. Ebenso wird die heimische Wirtschaft von der guten Weltwirtschaftslage profitieren können.

Allen positiven Indikatoren zum Trotz machen inländische Wachstumsbremsen der Industrie weiterhin und vielmehr zunehmend zu schaffen. Dazu zählt allem voran der Fachkräftemangel. Aber auch ein schleppender Ausbau der grundlegenden Infrastruktur sowie ausbleibende Anreize für private Investitionen bremsen die Industrie.

Nach langem Warten hat die Bundesrepublik zwar endlich eine neue Regierung, die aber noch mit einigen Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen hat. Tatsächlich ist sie dringend gefordert, kraftvoll ihre Aufgaben und damit insbesondere die Verbesserung der Rahmenbedingungen anzugehen. Um Investitionen anzukurbeln, sollte die Bundesregierung dringend strukturelle Reformen des Unternehmenssteuerrechts anpacken und eine steuerliche Forschungsförderung einführen, wie sie sich international in 28 von 35 Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bereits bewährt hat. Aber auch die Themen Energiewende, Digitalisierung und Mobilitätswende köcheln vor sich hin.

Auch darf nicht vergessen werden, dass sich Deutschland bereits überdurchschnittlich lange in einer wirtschaftlichen Wachstumsphase befindet. Gemäß der ökonomischen Zykluslehre folgt auf jeden Boom ein Abschwung. Vor dem Hintergrund einer gängigen Zyklusdauer hält die aktuelle Boomphase im Grunde genommen schon überdurchschnittlich lang an. Daher ist damit zu rechnen, dass sich in naher Zukunft eine konjunkturelle Beruhigung bemerkbar machen wird, auch wenn es aktuell keine konkreten Anzeichen einer solchen Abkühlung gibt. Gerade die jüngsten Protektionismus-Debatten haben aber vielen das Risiko einer Eintrübung deutlich vor Augen geführt und der Stimmung einen wahrnehm-

baren Dämpfer versetzt. Auch von einer Überhitzung der Konjunktur ist noch nichts zu spüren, wenn gleich die Kapazitätsauslastung ein Zehn-Jahres-Hoch erreicht.

Angesichts der konjunkturellen Anzeichen sieht der LVI für 2018 dennoch eine weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung. Bundesweit rechnen wir mit einem BIP-Wachstum von 2,2 Prozent, auch in Baden-Württemberg gehen wir von einem Wachstum von über 2,0 Prozent aus.

LVI: ABSCHOTTUNG UND PROTEKTIONISMUS SIND DER FALSCHER WEG

Offene Märkte und einheitliche Regeln in Europa sowie im weltweiten Handel tragen nicht unerheblich zum wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen in Deutschland und Baden-Württemberg bei. So hängt in Deutschland jeder vierte Arbeitsplatz am Export, in der Industrie ist es sogar mehr als jeder zweite. Viele innovative Unternehmen, insbesondere auch kleine und mittelständische, sehen mittlerweile die Europäische Union als ihren vertrauten Heimatmarkt und feste Ausgangsbasis für ihre weltweiten Aktivitäten an. Umso besorgniserregender sind aufkommende Abschottungs- und Protektionismustendenzen, die den freien weltweiten Handel gefährden.

Die Exportzahlen zeigen, dass die deutsche wie auch die baden-württembergische Industrie international nach wie vor gut aufgestellt sind. Die Zahlen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass globalpolitische Entwicklungen wie der Handelskonflikt zwischen den USA und China sowie der bevorstehende Ausstieg Großbritanniens aus der EU Deutschland als drittgrößte Handelsnation und Baden-Württemberg als stark exportabhängiges Bundesland ganz besonders treffen.

Bereits heute haben diese Entwicklungen zu zahlreichen Unsicherheiten und zu erheblichen Investitionszurückhaltungen in der Industrie geführt. Die baden-württembergischen, oftmals mittelständischen, Unternehmen benötigen sichere und planbare Rahmenbedingungen in der Weltwirtschaft. Der Einsatz für freien Handel, ein starkes Europa sowie umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen sind für ein prosperierendes Wachstum der baden-württembergischen Industrie unabdingbar.

US-Regierung führt freien Handel an den Abgrund

Die Handelsagenda der US-Regierung sieht eine Reform der Welthandelsorganisation WTO vor, in der Praxis jedoch untergräbt Washington internationales Handelsrecht. Mit der leichtfertigen Blockade der WTO-Streitschlichtung durch Verhinderung der überfälligen Nachbenennung von WTO-Berufungsrichtern, fragwürdigen Zollandrohungen und sogenannten Schutzzöllen scheint die US-Regierung eher zum Recht des Stärkeren mit unabsehbaren Folgen für den Welthandel zurückkehren zu wollen.

Durch die Abschottung der USA und Chinas gegeneinander droht eine weltweite Protektionismusspirale, die die Weltkonjunktur als Ganzes empfindlich abschwächen und auch erhebliche Auswirkungen auf die baden-württembergische Industrie haben würde. Nicht nur die USA sind vom Diebstahl geistigen Eigentums betroffen, mit dem die USA die zusätzlichen Zölle auf chinesische Waren begründet, sondern vielmehr auch andere Handelspartner wie Deutschland und die EU.

Wettbewerbsgleichheit mit China unabdingbar

Statt Abschottung und staatlichen Zwangs muss sich China endlich öffnen und ein Handeln auf Augenhöhe ermöglichen. Nur, wenn China sich viel stärker mit den Vorwürfen seiner Handelspartner auseinandersetzt und Fehlentwicklungen entschieden korrigiert, kann Wettbewerbsgleichheit hergestellt werden, die für unsere baden-württembergischen Unternehmen im chinesischen Markt nach wie vor fehlt.

Das Ende des Joint-Venture-Zwangs für die Produktion von Autos, Flugzeugen und Schiffen ist ein erster Schritt in Richtung der in Aussicht gestellten Öffnungs-Agenda Chinas. Nachdem die Hürden im China-Geschäft für ausländische Unternehmen zuletzt immer höher wurden, bedarf es nun jedoch weiterer konkreter Maßnahmen und Reformschritte in den kommenden Monaten, um die Absicht Chinas, seinen Markt zu öffnen, glaubhaft und verlässlich erscheinen zu lassen.

Angesichts sich verschärfender Handelskonflikte hält der LVI im Gleichschritt mit dem BDI weitere Schritte Pekings für nötig. Neben Einfuhrzöllen Chinas, die nach wie vor erheblich von denen der EU abweichen, sollte China nun auch die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse - beispielsweise der Zwang zur Vor-Ort-Produktion oder komplizierte Genehmigungs- und Lizenzierungsverfahren - entschieden angehen.

Brexit ist erheblicher Unsicherheitsfaktor

Ein erheblicher Unsicherheitsfaktor ist nach wie vor der Brexit. Die Verhandlungen über die Austrittsmodalitäten und die Unklarheit über die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen erweisen sich als schwierig. So müssen sich die EU und Großbritannien zur Gestaltung des zukünftigen Verhältnisses noch in zahlreichen Fragen bezüglich des Marktzugangs, der weiteren Rechtsfolgen und der regulatorischen Harmonisierung einigen und definieren, welche Abkommen und Kooperationen während der Übergangsphase ausgehandelt werden müssen.

Für unsere baden-württembergischen Unternehmen besteht momentan keinerlei Planbarkeit, wie das zukünftige Verhältnis zu Großbritannien ausgestaltet werden wird, da die bisher diskutierten Szenarien von einer weiteren Mitgliedschaft Großbritanniens im gemeinsamen Binnenmarkt und der Zollunion über das sogenannte Norwegen-Modell, die Mitgliedschaft in der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA über das Schweiz-Modell bis hin zum Worst-Case-Szenario, dem Rückfall Großbritanniens auf den Drittland-Status im Verhältnis zur EU und damit dem alleinigen Gelten der WTO-Regelungen reichen.

Zu begrüßen ist, dass sich die EU und Großbritannien im März auf den Vorschlag einer Übergangsphase bis zum Jahresende 2020 einigen konnten. Um die Auswirkungen auf Wirtschaft und Bürger so gering wie möglich zu halten, wird Großbritannien mit dem EU-Austrittsgesetz "European Union Withdrawal Bill" das EU-Recht vollständig in britisches Recht übernehmen. Inwieweit jedoch nach der Übergangsphase ab dem Jahr 2020 die Kohärenz des britischen und des europäischen Rechtssystems noch gewahrt bleiben wird, ist ungewiss.

Die neuen Regelungen hinsichtlich des Verhältnisses Großbritanniens zur EU sollten keine neuen Zölle und quantitativen Beschränkungen einführen, einfache Ursprungsregeln inklusive Kumulierung vorsehen, klare Subventionsregeln enthalten, nicht-tarifäre Handelshemmnisse durch die Förderung einer regulatorischen EU27-Großbritannien-Kooperation vermeiden, Dienstleistungen sowie Investitionen und handelsbezogene Themen adressieren sowie wirksame Umsetzungs- und Streitbeilegungsmechanismen einführen.

Stärkung der globalen Handelsordnung notwendig

Aufgrund der globalen Wertschöpfungsverbünde mit unseren vielfältigen Partnern ist der freie Handel ein Grundpfeiler unseres Wohlstandes in Baden-Württemberg. Offene Handelskonflikte sollten vermieden werden. Für die Industrie, insbesondere die baden-württembergische, ist es von essenzieller Bedeutung, dass die globalen und insbesondere transatlantischen Handelsbeziehungen nicht künstlich erschwert werden.

Eine Stärkung der globalen Handelsordnung und multilaterale Fortschritte im Rahmen der WTO sind daher unabdingbar für die Förderung des freien Handels. Hierzu gehören nicht zuletzt der Einsatz für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen, etwa mit Japan, dem Mercosur oder Indien, sowie die Fortführung der Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA (TTIP) und die vollständige Ratifizierung des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens EU-Kanada in Deutschland.

Der LVI setzt sich vehement für offene Märkte und gegen Protektionismus ein. So fordert er die Bundesregierung und EU-Administration auf, nicht nur neue Handelsbarrieren zu verhindern oder möglichst niedrig zu halten, sondern vielmehr auch bestehende Barrieren abzubauen. Anstatt den US-Strafzöllen mit eigenen Kompensationszöllen zu begegnen, sollte sich die EU vielmehr deeskalierend und besonnen verhalten und dafür einsetzen, die bereits in Gang gesetzte Protektionismusspirale aufzuhalten und ins Gegenteil zu verkehren; die Stärkung des Dialogs mit den USA, China und anderen protektionistisch veranlagten Staaten ist hierbei von größter Relevanz. Sollten dennoch Schutzmaßnahmen verhängt werden müssen, sollte dies ausschließlich in Form einer WTO-konformen Quotenregelung geschehen.

Die WTO selbst darf nicht instrumentalisiert werden. Die EU sollte die Welthandelsorganisation als zentralen Ordnungsrahmen des Welthandels vielmehr mit Unterstützung der USA sowie so entscheidenden Staaten wie China und Indien reformieren sowie ihre Regeln und Prozesse zeitgemäßer gestalten. In diesen Tagen ist eine bessere Überwachung und stärkere Transparenz von Handelsregeln ebenso notwendig wie neue Regelwerke für international tätige Staatsunternehmen oder Maßnahmen gegen bislang ungeahnte Staatssubventionen.

Schließlich darf nicht übersehen werden, dass der freie Handel in vielen Teilen der Erde wie mit Russland, der Türkei oder dem Iran beispielsweise durch selbstauferlegte Embargos nicht gegeben ist. Hier ist eine bessere Rechtssetzung notwendig, um Rechtsunsicherheiten entgegen zu wirken, die auch strafrechtliche Haftungsfolgen nach sich ziehen können.

HERAUSGEGEBEN VOM LANDESVERBAND DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE E.V.
GERHARD-KOCH-STRASSE 2-4 · 73760 OSTFILDERN · TELEFON: 0711 - 32 73 25 0 · TELEFAX: 0711 - 32 73 25 69
WWW.LVI.DE · INFO@LVI.DE

